



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der Bundesarbeitskammer

## Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen  
an die 175. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer  
am 30. November 2023

### **Sozialstaat schützen, stärken und ausbauen**

**Soziale Sicherheit** und sozialer Ausgleich haben Österreich stark und erfolgreich gemacht. Viele Länder sehen unseren Sozialstaat zu Recht als Vorbild.

In Österreich erhalten 9,1 Millionen Menschen eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau. Der Schulbesuch ist gesetzlich kostenfrei. Familien werden umfassend unterstützt. Die gesetzliche Pensionsversicherung bietet mit dem Pensionskonto jungen Menschen auch künftig gute und sichere Pensionen.

Dennoch tun sich immer mehr Lücken auf. Die Bundesregierung muss handeln, damit die Menschen weiterhin die Sicherheit haben, in allen Lebenslagen die nötige Unterstützung zu bekommen. Dafür müssen alle einen fairen Beitrag leisten!

#### **Herausforderung Finanzierung**

Die Maßnahmen der letzten Jahre zur Abfederung der COVID-Pandemie und der hohen Teuerung haben die öffentlichen Haushalte stark belastet und gefährden damit die mittel- und langfristige Finanzierbarkeit der sozialen Sicherheit.

Die Pandemie und die ihr folgenden Lockdowns, samt der damit einhergehenden Einschränkungen des Wirtschaftslebens, führten dazu, dass sehr viel Geld für die Krisenbekämpfung ausgegeben wurde. Die der Pandemie folgende starke Teuerung, die die Lebensgrundlage sehr vieler Menschen gefährdet, wurde ebenfalls mit großem finanziellen Aufwand bekämpft. Viele dieser Maßnahmen waren unerlässlich, um grobe soziale Verwerfungen zu verhindern. Allerdings sind große Summen dieser Förderungen direkt an Unternehmen geflossen, oft ohne, dass die arbeitenden Menschen Vorteile davon gehabt hätten. Zudem wurde mehrfach auf die fehlende soziale Staffelung zahlreicher Hilfen kritisiert, durch die gut gestellte Personen und Gruppen gleich hohe Unterstützungen erhielten, wie Menschen, die auf öffentliche Hilfen angewiesen sind. Wichtige Reformen, wie eine Wertsicherung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe wurden indes nicht angegangen.

Einnahmenseitig kam es während der Pandemie zu starken Rückgängen, sowohl im Bereich der Lohn- und Einkommenssteuern wie auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Da die Finanzierung des Sozialstaats zu fast zwei Dritteln auf den Beiträgen zur Sozialversicherung beruht, ist diese Entwicklung sehr problematisch.

Zusätzlich wurden in den letzten Jahren weitreichende Abgabensenkungen vorgenommen, beziehungsweise vorgezogen, was ebenfalls nachhaltig negative Auswirkungen auf die langfristige Finanzierbarkeit öffentlicher Leistungen hat.



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der Bundesarbeitskammer

Zu den wesentlichen, die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherheit bedrohenden Abgabensenkungen der letzten Jahre zählen:

- Die Senkung der Beiträge der Löhne und Gehälter zur Finanzierung des Sozialstaats („Lohnnebenkosten“), darunter:
  - Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds
  - Beitrag zum Insolvenzausgleichsfonds
  - Beitrag zur Unfallversicherung
- Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform, mit der ausschließlich Besserverdienende entlastet werden

Insgesamt belaufen sich allein die durch die Senkung der Sozialstaatsbeiträge („Lohnnebenkosten“) entfallenden Mittel laut Wifo auf ca 1,7 Mrd. €, jährlich. Geld, das dringend für den notwendigen Ausbau der sozialen Sicherheit gebraucht wird. Der Entfall für Abschaffung der kalten Progression in der Einkommenssteuer belief sich allein 2022/23 auf weitere 3,6 Mrd. Euro pro Jahr.

Mittelfristig noch stärker auswirken wird sich voraussichtlich die in den kommenden Jahren zu erwartende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Nach Jahren der Krisenbekämpfung durch die Maßnahmen der öffentlichen Hand, ist mit einem Übergehen auf eine (sehr) restriktive Sparpolitik in den kommenden Jahren zu rechnen.

Gleichzeitig sind Ausbau und Weiterentwicklung des österreichischen Sozialstaats alternativenlos um die vorhandenen und die zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können.

**Der Sozialstaat sichert den Weg in eine gute Zukunft.** Er hat wesentlich dazu beigetragen, die Folgen der Coronakrise zu bewältigen. Damit er auch in Zukunft allen Menschen Sicherheit bieten kann, müssen die Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Bildung und in der sozialen Absicherung angepackt werden.

Gerade in Zeiten großer Veränderung wie sie durch Digitalisierung und der Klimakrise vor uns stehen, muss der Sozialstaat einen **sicheren Boden** schaffen, auf dem alle den Weg des Übergangs gehen können.

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:**

- Sicherstellen, dass **ausreichend finanzielle Mittel** zur Verfügung stehen, um notwendige und nachhaltige Verbesserungen im Sozialstaat zu schaffen, durch eine faire Aufteilung der damit zusammenhängen Kosten:
  - Durch eine gerechte Besteuerung großer Vermögen,
  - durch eine Berücksichtigung aller Einkommensarten bei der Finanzierung, um zu verhindern, dass der Sozialstaat allein auf den Schultern der Beschäftigten und ihrer Familien ruht,
- Notwendige **Verbesserungen im Sozialstaat schaffen**, sowohl im Bereich der Sach- wie auch der Geldleistungen. Dazu zählen unter anderem:
  - Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung mit Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag,



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der Bundesarbeitskammer

- Ausbau der Ganztagschulen und Verteilung der Mittel nach dem AK-Chancenindex (mehr Mittel bei hohem Förderbedarf),
- Sicherstellung ausreichender Mittel für eine den Anforderungen einer alternden Gesellschaft angemessenen öffentlichen Langzeitpflege, die nicht auf dem Rücken der privaten Haushalte und damit vor allem auf dem der Frauen ausgetragen wird,
- sichere Pensionen, die einen angemessenen Lebensabend nach dem Ende der Erwerbsarbeit ermöglichen, Sicherheit vor Armut bieten und wo Kindererziehungszeiten fair angerechnet werden,
- fairer Zugang zur Schwerarbeitspension durch Einführung einer Monatsbetrachtung, um den Arbeitnehmer:innen auch Nachweisprobleme einzelner Schwerarbeitsstunden zu ersparen,
- Etablierung eines trägerübergreifenden Case Managements, das die Versicherten begleitet und zielgerichtet zu den richtigen Leistungen von ÖGK, PVA und AMS führt, um so ein Hin- und Herschicken der Betroffenen zwischen den Trägern mit Leistungslücken zu verhindern,
- Etablierung eines frühzeitigen Unterstützung- und Rehabilitationsangebots für die große Anzahl an abgelehnten Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionsfällen, um eine Chronifizierung von Beschwerden sowie den nachfolgenden Eintritt von Invalidität zu verhindern,
- einheitliche – beste – Leistungen für alle in der KV, Ausbau der psychosozialen Dienste und mehr Präventionsleistungen im Gesundheitssystem,
- Erhöhung des Arbeitslosengelds auf 70 % des vorangegangenen Einkommens, Totalreform der Sozialhilfe im Sinne von echter Armutsbekämpfung und Sicherung von Teilhabe,
- Recht auf Qualifizierung und eine Beschäftigungsgarantie für alle Menschen, die arbeiten möchten
- Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft, der die Bedürfnisse der arbeiteten Menschen berücksichtigt.

Auch im Hinblick auf die Folgen der Klimakrise und der Notwendigkeit des Umbaus unserer Wirtschaft hin zur Klimaverträglichkeit brauchen wir konkrete, spürbare Maßnahmen, die in Zeiten der Unsicherheit Sicherheit geben und verlässlich alle Menschen durch die riesigen Veränderungen tragen. Je eher die Herausforderungen an den Sozialstaat erkannt und angegangen werden, desto eher wird die unverzichtbare ökologische Transformation auch eine soziale werden.

Aus Sicht der Bundesarbeiterkammer ist es sowohl völlig inakzeptabel wie auch durchschaubar, die Auswirkungen von Pandemie und Teuerung als Gründe vorzuschieben, um die notwendigen und nachhaltigen Verbesserungen im Sozialstaat zu verhindern. Der Sozialstaat ist das Vermögen der Vielen, die unter großen Opfern die Leistungen erkämpft haben, die heute zu einer gerechteren Welt beitragen. Die Arbeiterkammer wird sich jetzt und auch in Zukunft für ihn und seinen Ausbau einsetzen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich